



Ausarbeitung

War die Schill-Partei eine rechtspopulistische Partei?



War die Schill-Partei eine rechtspopulistische Partei?

Verfasser/in: [REDACTED]
Aktenzeichen: WD 1 – 3000/042-11
Abschluss der Arbeit: 13. November 2003/05. Mai 2011
Fachbereich: WD 1: Geschichte, Zeitgeschichte und Politik
Telefon: [REDACTED]

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	4
2.	Definition des Populismus	5
3.	Charakterisierung der Schill-Partei als rechtspopulistische Partei	8
4.	Schlussbemerkungen	12
5.	Literatur	14

1. Einleitung

Im September 2001 kam es bei der Hamburger Bürgerschaftswahl zu einem politisch bemerkenswerten Vorgang: Die nach ihrem Gründer Ronald Barnabas Schill „Schill-Partei“ genannte „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ kam aus dem Stand heraus auf 19,4 Prozent – einen solchen Stimmenzuwachs hatte zuvor (und auch danach) keine Partei bei Wahlen auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene in Deutschland erreicht. Als drittstärkste Fraktion bildete sie zusammen mit der CDU und der FDP zwischen 2001 und 2003 eine Regierungskoalition im Stadtstaat Hamburg.¹

Dieser Wahlerfolg erklärte sich dadurch, dass die Schill-Partei in großem Umfang die Stimmen von SPD-Wählern, Wählern vom rechten Rand und vormaligen Nicht-Wählern bzw. „Parteienverdrossenen“ auf sich vereinen konnte. Die SPD kompensierte ihre Verluste zwar durch einen starken Zugang grüner Wähler, konnte dadurch aber ihre Verluste an die Schill-Partei nicht ausgleichen. Wenngleich die Schill-Partei auch CDU- und FDP-Wähler auf sich zog, trug sie doch insgesamt als Sammlungspartei zu einer Stärkung des bürgerlichen Lagers bei.²

Die damaligen Wähler der Schill-Partei ließen sich im Wesentlichen in zwei Gruppen unterteilen: eine rechts-bürgerliche und eine sozialdemokratisch gespeiste, rechts-populistische Gruppierung. Beide konnten im Vorfeld der Bürgerschaftswahl von 2001 zwar unter dem Thema Innere Sicherheit zusammengeführt werden, verbanden aber mit ihrer Stimmabgabe für die Schill-Partei unterschiedliche Erwartungen. So ließen sich die bürgerlichen Wähler mit einem pragmatischen Regierungsstil zufrieden stellen, der insbesondere zur Entschärfung der als dramatisch empfundenen Probleme Innerer Sicherheit beizutragen versprach. Den rechtspopulistischen Wähler dagegen, aus sozialen Randlagen und politisch entfremdet, genügte ein solcher Ansatz nicht.³

Bereits eine solche eher oberflächliche Betrachtung des Phänomens „Schill-Partei“ und des sie stützenden Wählerreservoirs wirft jedoch die Frage auf, ob die Partei tatsächlich begründet als eine „rechtspopulistische“ Partei bezeichnet werden kann und ob sie sich den „Neuen Rechtspo-

¹ Zur Geschichte der Schill-Partei vgl. Hartleb, Florian (2004): Rechts und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 173 - 178.

² Vgl. Raschke, Joachim/Tils, Ralf (2002): CSU des Nordens. Profil und bundespolitische Perspektiven der Schill-Partei, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 47 (2002), S. 49.

³ Vgl. ebd.

pulistischen Parteien“ in Europa zuordnen lässt, die in den 1990er Jahren in Europa starken Auftrieb bekamen.

Dieser Fragestellung ging die Ausarbeitung (Nr. 133/03) vom November 2003 unter besonderer Berücksichtigung der Analyse des Phänomens des Populismus nach. Obschon die Koalition Mitte Dezember 2003 zerbrach, die Partei nach den Neuwahlen im Februar 2004 nicht mehr der Regierung angehörte und nach vielen parteiinternen Querelen schließlich im Herbst 2007 endgültig von der politischen Bühne verschwand, stellt sie aufgrund des bereits erwähnten einzigartigen Stimmenzuwachses von 2001 nach wie vor ein interessantes Phänomen dar, dem sich mit Blick auf zwischenzeitliche Entwicklungen nachzugehen lohnt.

Zunächst soll der Begriff des Populismus in seinen Grundzügen untersucht und nach Möglichkeit definiert werden, wobei es zwischen den Elementen des Stils und den Strategien einerseits und andererseits den inhaltlichen Ausrichtungen solcher Bewegungen und Parteien zu unterscheiden gilt, die gemeinhin als populistisch gekennzeichnet werden.

Dabei wird sich herausstellen, dass es sich bei populistischen Gruppierungen um schichtenübergreifende, ihrem Selbstverständnis nach antielitäre und gegen das so genannte Establishment gerichtete Bewegungen handelt und es Populisten weniger um ein konkretes und umfassendes Sachprogramm geht als vielmehr um ein starkes moralisches, wenn nicht bloß rhetorisches Engagement zugunsten einiger weniger, plakativer Programmpunkte.

Sodann sollen die zunächst allgemeine Definition des Populismus anhand eines Kriterienrasters für die Definition des Rechtspopulismus näher präzisiert sowie die Hauptthemenfelder des Rechtspopulismus näher beschrieben werden.

2. Definition des Populismus

Obwohl Phänomene, die aus heutiger Sicht mit dem Begriff „Populismus“ zu belegen wären, in der Geschichte immer wieder nachweisbar sind, hat der Begriff erst relativ spät Eingang in den - auch wissenschaftlichen - Sprachgebrauch gefunden. So taucht eine nähere Bestimmung des Terminus erst relativ spät in den Lexika auf. Im „Brockhaus“ von 1998 etwa wird Populismus als

„...opportunistische, oft demagogische Politik, die darauf gerichtet ist, durch Dramatisierung der politischen Lage die Zustimmung der Massen zu gewinnen...“⁴ charakterisiert.

Fachlexika der Politikwissenschaft beinhalten präzisere Definitionen, die auf die Ambivalenz des Populismus hinweisen: „I. Populistisch nennt man klassenübergreifende Protest- und Verweigerungsbewegungen von ‚unten‘, die an das ‚Volk‘ appellieren und sich selbst auch als ‚Volk‘ verstehen.“⁵ Gemeint sind in diesem Fall die historischen Vorläufer in der Farmerbewegung der USA und die *narodniki* in Russland bis hin zu Protestbewegungen der Gegenwart. „II. Populistisch nennt man auch die Versuche von Teilen der herrschenden politischen Elite, das unaufgeklärte Bewusstsein des ‚kleinen Mannes‘ zum Zwecke der Machterhaltung zu missbrauchen.“⁶

Es wird auch darauf hingewiesen, dass beim Populismus zwischen den Elementen des Stils, der Instrumente, der Strategien, der Inszenierungen und den inhaltlich enger gefassten populistischen Bewegungen und Projekten in konkreten Zusammenhängen zu unterscheiden sei.⁷ Des Weiteren bedürfe es der Berücksichtigung des jeweiligen historischen Kontextes.

So können Populismen in unterschiedlichen historischen Perioden inhaltlich sehr verschieden sein und unterschiedliche Schwerpunkte setzen, während die populistischen Techniken und Instrumente zu allen Zeiten durchaus ähnlich zu funktionieren scheinen.⁸ „Populistisch“ genannte Bewegungen, Ideologien, Agitationsweisen und Führungsfiguren können im Spektrum der Politik sowohl „rechts“ wie auch „links“ angeordnet sein. Sie können bewahren oder reformieren, gelegentlich, wenn auch selten, sogar revolutionieren wollen.⁹

Auch von sozialwissenschaftlicher Seite ist eine allgemein gültige Definition des Begriffs bislang nicht erfolgt, auch aus Sicht dieser Disziplin wird darauf hingewiesen, dass der Erfolg populistischer

⁴ Brockhaus (²⁰1998): Brockhaus. Die Enzyklopädie. Bd. 17, Leipzig/Mannheim: Brockhaus, S. 356.

⁵ Zit. n.: Werz, Nikolaus (2003): Einleitung: Populismus und Populisten, in: Ders. (Hrsg.): Populismus: Populisten in Übersee und Europa. Opladen: Leske und Budrich, S. 9.

⁶ Vgl. ebd.

⁷ Vgl. Puhle, Hans- Jürgen (2003): Zwischen Protest und Politikstil: Populismus, Neo- Populismus und Demokratie, in: Werz (2003), Populismus, S. 17.

⁸ Vgl. ebd.

⁹ Vgl. ebd.

scher Bewegungen und Parteien situationsgebunden und regionalspezifisch bleibe und immer eine große programmatische Flexibilität voraussetze. Es kann nicht überraschen, dass letztlich umstritten bleibt, inwieweit „Populismus“ neben der formalen Bestimmung seiner Merkmale auch durch Inhalte definiert werden könne.

In inhaltlicher Hinsicht können folgende Charakteristika des Populismus konstatiert werden: „Populistisch“ genannte Bewegungen und Strömungen appellieren an das „Volk“ im Gegensatz zu den Eliten, insbesondere an die „einfachen“ Leute und nicht an bestimmte Schichten, Berufsgruppen oder Interessen. Es handelt sich bei ihnen somit um schichtenübergreifende, antielitäre und gegen das sogenannte Establishment gerichtete Bewegungen.

Selbst ihre intellektuellen Führer geben sich oftmals antiintellektuell, antiurban und illiberal sowie missionarisch fixiert auf das Glück der „kleinen Leute.“¹⁰

Gerade die illiberalen Konnotationen populistischer Agitation und Politik bergen das Potenzial zu ernsthaften Konflikten mit dem Rechtsstaat, da Liberalität und Toleranz wichtige Elemente einer rechtsstaatlichen Demokratie sind.¹¹ Ein umfassendes und konkretes politisches Sachprogramm fehlt allerdings oft bei den Populisten, es überwiegt vielmehr ein starkes moralisches und rhetorisches Engagement zugunsten einiger weniger Programmpunkte.

So sehen Populisten das Wohl der „einfachen Leute“ am stärksten durch die großen nationalen und internationalen Organisationen und Korporationen in Wirtschaft und Politik sowie durch Großbanken, Konzerne und Trusts, staatliche und private Bürokratien, Parteiapparate, Parlamente und andere Vermittlungsagenturen zwischen Volk und Regierung bedroht. Populisten bevorzugen die direkte, unmittelbare Beziehung zwischen Volk und Regierung. Sie bilden daher meistens keine straff organisierten Parteien aus, sondern bleiben relativ lose „Bewegungen.“

Das Gesellschaftsbild der Populisten ist dichotomisch, das Feindbild sehr konkret, wenn auch nach den Umständen wechselnd, ausgeprägt. Geschichte ist für die Populisten hauptsächlich die

¹⁰ Vgl. ebd.

¹¹ Ebd.

Geschichte von Verschwörungen gegen die „kleinen Leute“, also Usurpation illegitimer Macht, ein Prozess des Niedergangs und der Verderbnis.¹²

3. Charakterisierung der Schill-Partei als rechtspopulistische Partei

Nach Raschke und Tils kennzeichnen vier Kernelemente eine rechtspopulistische Partei:¹³

Erstens muss eine charismatische Führerschaft vorhanden sein. Wo keine „Führer“ sind, kann keine populistische Bewegung entstehen. Die populistischen Gruppierungen geraten damit fast zwangsläufig in Abhängigkeit von der überragend wichtigen Einzelperson sowie deren stabiler Autorität und dauerhaftem Führungsvermögen.

Zweitens findet eine Gegenüberstellung von „einfachem Volk“ und Establishment statt. So konstruieren die charismatischen Führungspersönlichkeiten für ihre politische Kommunikation diese Gegnerschaft. Nur sie, die „Führer“ der populistischen Parteien, seien in der Lage, den auf einem Alltagsverstand beruhenden wirklichen „Volkswillen“ zu erfassen, unverfälscht wiederzugeben und sich zum Sprecher des „einfachen Volkes“ gegenüber den jeweils herrschenden Eliten (Bürokraten, Experten, Technokraten oder Intellektuellen) zu machen. Argumentiert wird in der Hinsicht: „Wir sagen, was ihr denkt.“ Damit wird versucht, die bei den Adressaten bestehenden politisch- sozialen Differenzen und unterschiedlichen Interessenlagen durch Bezugnahme auf übergeordnete Werte und Symbole zu überdecken.

Drittens ist der Rechtspopulismus durch eine radikale Simplifizierung gekennzeichnet. So wird ein Widerspruch der eigenen konkreten und verständlichen Aussagen gegenüber den abstrakten und undurchsichtigen der „Mächtigen“ aufgebaut. Propagiert werden radikal einfache Lösungen, die bewusst an der Oberfläche der komplexen gesellschaftlichen Probleme bleiben und von monokausalen Zusammenhängen ausgehen.

¹² Vgl. ebd.

¹³ Raschke/Tils (2002), Bundespolitische Perspektiven der Schill- Partei, S. 52f.; vgl. auch Blumenthal, Julia von (2004): Die Schill-Partei und ihr Einfluss auf das Regieren in Hamburg, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 35 (2004), S. 271 - 287.

Die Argumentation ist oft sehr einfach: Jedermanns Alltagsverstand weise doch so „offensichtlich“ auf die notwendigen Maßnahmen hin, dass ihr Ausbleiben nur mit den verkrusteten Machtstrukturen zu erklären sei.¹⁴

Viertens ist der Rechtspopulismus durch eine Vorurteils- und Angstpolitik gekennzeichnet. So greifen Rechtspopulisten diffuse Vorurteile und Ängste in der Bevölkerung auf und versuchen sie für sich selbst zu instrumentalisieren. Bei dieser Vorurteils- und Angstpolitik, die sich bewusst der Emotionalisierung bedient, wird oft auf unterschwellige oder offen ausgesprochene „Freund-Feind- Bilder“ zurückgegriffen.¹⁵

Beurteilt man die Schill-Partei nach diesen vier Kriterien, kommt man zu dem Ergebnis, dass es sich bei ihr um eine rechtspopulistische Partei handelte. So verfügte die Partei mit Ronald Barnabas Schill als „Richter Gnadenlos“ über eine charismatische Führungsfigur, der trotz seines eher ungelassenen, spröden und hölzernen Habitus bis zu den Ereignissen im Sommer/Herbst 2003 und seinem Hinauswurf aus der Partei Mitte Dezember 2003 durchaus den Eindruck von Nähe zu seiner Anhängerschaft zu vermitteln wusste. Die Untrennbarkeit von Schill und seiner Partei war schon dadurch ersichtlich, dass der Parteiname „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ kaum verwendet wurde. Durchgesetzt hatte sich – auch in der öffentlichen Wahrnehmung - vielmehr der Name „Schill-Partei.“¹⁶

Auch das zweite Kriterium („Einfaches Volk vs. Establishment“) wurde von der Schill-Partei erfüllt. So richtete sich Programm und Kommunikation der Schill-Partei gegen das „verfilzte“ politische Establishment, das seine Macht missbrauche, Probleme verharmlose und die vorhandenen Mittel des Rechtsstaates nicht gegen die explodierende Kriminalität anwende.

In Hinblick auf die Erfüllung des dritten Kriteriums rechtspopulistischer Politik (Radikale Simplifizierung) durch die Schill-Partei sei auf folgende Beispiele aus ihrer damaligen Programmatik hingewiesen: Auflösung der Drogenszene am Hamburger Hauptbahnhof, Brechmittelein-

¹⁴ Ebd., S. 52.

¹⁵ ebd., S. 53.

¹⁶ Ebd.

satz zur Sicherstellung von Drogendelikt- Beweismitteln oder die polarisierend- provozierende Wahlkampforderung nach der Kastration von Sexualstraftätern.

Die Schill-Partei erfüllte auch das vierte Kriterium rechtspopulistischer Politik (Vorurteils- und Angstpolitik), indem sie mit den Ängsten potenzieller Wähler bzw. deren Vorurteilen gegenüber Ausländern spielte.¹⁷ Insgesamt kann die Schill-Partei deshalb auch in der Rückschau mit einiger Berechtigung als Beispiel einer rechtspopulistischen Partei bezeichnet werden.

Auch wenn man die Politikinhalte zum entscheidenden Kriterium erhebt, bleibt dieses Urteil bestehen. Hier nämlich sind als stete Merkmale rechtspopulistischer Bewegungen die starke Betonung der Themen Zuwanderung, Krise des Sozialstaats und Kritik am Parteienstaat zu finden . Auch im Parteiprogramm der Schill-Partei ließen sich diese Themen ausgeprägt nachweisen.

Das Thema Zuwanderung etwa war bei der Schill-Partei so stark mit dem Thema Innere Sicherheit verbunden, dass sogar behauptet werden könnte, die „Schill-Partei“ habe sich 2001 als Partei der Inneren Sicherheit in Hamburg und damit als „Ein-Themen-Partei“ erfolgreich profilieren können.¹⁸ In der Tat lagen die Schwerpunkte des Parteiprogramms in der Wiederherstellung der Inneren Sicherheit. Die geforderten Maßnahmen waren in sieben Unterpunkte unterteilt:

- I. Jugendkriminalität
- II. Drogenkriminalität
- III. Ordnung
- IV. Polizei
- V. Strafvollzug
- VI. Sexual- und Gewaltkriminalität
- VII. Organisierte Kriminalität (inklusive Ausländerkriminalität/ Ausländerrecht).¹⁹

¹⁷ Vgl. ebd.

¹⁸ Vgl. Schmitz, Michael (2002): Die „Schill- Partei“ - Analyse der „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ nach den Landtagswahlen in Hamburg und Sachsen-Anhalt. Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 3. (Online-Publikation: http://www.kas.de/wf/doc/kas_350-1522-1-30.pdf?040415175730 [Letzter Zugriff: 05.05.2011])

¹⁹ Zit. n.: Ebd., S. 5.

Schill hatte sich im Vorfeld der Hamburger Wahlen durch populistisches Jonglieren im Bereich der Inneren Sicherheit sein Thema gesucht und suggeriert, dass vor allem in diesem Politikfeld Handlungsbedarf bestehe. Schill versuchte des Weiteren seine Forderungen nach einem härteren Durchgreifen der Justiz und beim Strafvollzug mit teilweise umstrittenen Zahlenangaben zu belegen. Erst nach öffentlicher Kritik- insbesondere durch die Medien- passte er seine Angaben den offiziellen Statistiken der Hamburger Justizbehörden an.²⁰ Dazu folgende drei Beispiele:

- Der Ausländeranteil der Jugendhaftanstalt Hahnöfersand - in der Fassung des „Vorläufigen Programms“ vom 13. Juli 2000 noch mit über 80% [...] veranschlagt - wurde in der Internetfassung des Programms (Stand: November 2003) nunmehr mit 50% [...] angegeben.
- „Weit mehr als 12000 Menschen in Hamburg sind“- nach der Fassung vom 13.07.2000- „schwerstabhängig“ [...], in der Internet- Fassung war dann mit Stand November 2003 von „mehr als 10000“ [...] die Rede.
- Laut „Vorläufigem Programm“ von 2000 „werden 40 Prozent der Sozialhilfe in Hamburg für Zuwanderer ausgegeben, d.h. jährlich fast eine Milliarde Mark [...]. In der berichtigten Internet- Fassung des Parteiprogramms sind es „30 Prozent, d.h. jährlich fast 620 Millionen DM [...],“ also ein Drittel weniger.²¹ Verschwiegen wurde jedoch in beiden Versionen des Schill-Programms, dass darin auch die Gruppe enthalten war, die nach europäischen Vorsorgeabkommen Sozialhilfe erhalten, also die EU- Bürger.²²

Hinzuweisen ist aber auch auf eine auffällige Ambivalenz des damaligen Programmprofils der Schill-Partei.²³ Einerseits gab sich die Partei moderat: „Die erste und zweite Gastarbeitergeneration war sogar rechtstreuer als die deutsche Bevölkerung.“ Gegenüber „sich rechtmäßig hier aufhaltenden“ ausländischen Mitbürgern wurde ein Integrationswille zu demonstrieren gesucht.

²⁰ Vgl. ebd.

²¹ Zit. n.: Ebd., S. 6.

²² Vgl. ebd., S. 6

²³ Die im folgenden angegebenen Aussagen aus dem Programm der Schill-Partei sind zitiert nach: Raschke/Tils (2002), Bundespolitische Perspektiven der Schill- Partei, S. 50.

Andererseits leistete das Programm Vorurteilen und Ressentiments Vorschub, indem von der nun „ausufernden Ausländerkriminalität“ die Rede war, der mit entschiedener Härte zu begegnen sei. Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit wurde auch durch die Aussage geschürt: „Das Tragen von scharfen Schusswaffen und die Bereitschaft, sie aus nichtigem Anlass einzusetzen, ist unter bestimmten ethnischen Gruppen besonders verbreitet.“ Auf diesem Wege versuchte die Partei nicht als per se ausländerfeindlich zu erscheinen, gleichzeitig aber ihren Anhängern genügend Raum für die Bestätigung ihrer Vorurteile zu lassen.²⁴

Feinde des Rechtsstaates und „subversive Kräfte“, die angeblich die Schutzfunktion des Staates gegenüber den Bürgern unterliefen, waren für die Schill-Partei aber nicht nur die kriminellen Ausländer, sondern auch etablierte Eliten („Kartell strafunwilliger Jugendrichter“; „Die Polizei ist Hauptfeindbild der in ihrem Marsch durch die Institutionen in Politik und Justiz inzwischen angelangten 68-er.“).

Diese Art der Parteiprogrammatik machte deutlich, dass sich Hoffnungen für eine Bundesausdehnung der Partei erst nach dem Wahlerfolg in Hamburg ergeben hatten, da das Programm noch ganz auf die spezifischen Zustände in Hamburg zugeschnitten war. Die Schill-Partei musste allerdings ihre hochfliegenden Hoffnungen auf eine Bundesausdehnung schon mit der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im Mai 2002 trotz überarbeiteten Programms begraben. Sie scheiterte an der Fünf-Prozent-Hürde und verpasste so den für eine erfolgreiche Bundestagswahlkampagne dringend benötigten Wiederholungserfolg. Bei der Bundestagswahl im September 2002 erzielte sie mit 0,8 Prozent das Ergebnis einer Splitterpartei.

4. Schlussbemerkungen

Im Unterschied zu anderen europäischen Ländern hatte der Rechtspopulismus in Deutschland bisher einen schweren Stand. Nach dem Scheitern von Statt-Partei und dem Bund Freier Bürger schien es, als könne die Schill-Partei den Rechtspopulismus im bürgerlichen Lager partiell salonfähig machen. Der Schill-Partei gelang es aber nicht, über Hamburg hinaus erfolgreich zu sein.

²⁴ Vgl. ebd.

Dem standen zwei wesentliche Restriktionen entgegen. Zum einen waren auf Bundesebene potenzielle Mobilisierungsthemen wie Arbeitslosigkeit oder Zuwanderung bei den etablierten Parteien bereits ausreichend programmatisch vertreten und personell zugeordnet. Zum anderen mangelte es der Schill-Partei an einem ideologischen Fundus, auf dem ein Themenwahlkampf programmatisch hätte aufbauen können.²⁵ Des Weiteren war es Schill nicht gelungen, prominente Überläufer aus anderen Parteien für seine Partei zu gewinnen. Mit seiner Rede im Deutschen Bundestag drei Wochen vor der Bundestagswahl 2002 unternahm Schill einen letzten verzweifelten Anlauf, sich als nationale Größe zu profilieren. Dieser Auftritt, der selbst von Parteifreunden als peinlich angesehen wurde, markierte symbolhaft das Scheitern seiner bundespolitischen Ambitionen.²⁶

Ein Jahr später kam es dann auch in Hamburg zum Eklat, infolge dessen Schill als Innensenator entlassen wurde. Die Partei ging darauf zu ihrer einstigen Galionsfigur auf Abstand, um den Fortbestand der Hamburger Koalition nicht zu gefährden. Allerdings kam es am 9. Dezember 2003 dennoch zum Bruch der Regierungskoalition und nachfolgenden Neuwahlen, bei der die CDU die absolute Mehrheit errang. Bereits wenige Tage nach dem Bruch der Koalition, am 16. Dezember 2003, beschloss die Schill-Partei den Ausschluss ihres Gründers und Vorsitzenden. Schill suchte daraufhin seine politische Zukunft durch ein Zusammengehen mit der Pro DM-Partei; doch diese wie auch die „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“, die sich nach einem von Schill erwirkten Gerichtsbeschluss im Bürgerschaftswahlkampf 2004 nicht mehr „Schill-Partei“ nennen durfte, stürzten bei der Wahl am 29. Februar 2004 ab: Die „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ kam nur noch auf 0,4 Prozent der Stimmen, während Schill mit der Pro-DM-Partei mit 3,1 Prozent der Stimmen ebenfalls unter der Fünf-Prozent-Hürde blieb und keine Rolle mehr in der Hamburgischen Bürgerschaft spielte.²⁷

²⁵ Vgl.: Decker, Frank (2003): Rechtspopulismus in Europa: Das Beispiel Deutschland. Unveröffentlichtes Vortragsmanuskript vom 10. Oktober 2003 in der Konrad- Adenauer- Stiftung Ankara, S. 9.

²⁶ Vgl. Blumenthal (2004), Schill-Partei und Einfluss auf das Regieren in Hamburg, S. 274f.

²⁷ Schill zog sich daraufhin aus der aktiven Politik zurück und wanderte aus Deutschland in die Karibik aus. Aktuell (Stand: Mai 2011) lebt er im brasilianischen Rio de Janeiro.

5. Literatur

Blumenthal, Julia von (2004): Die Schill-Partei und ihr Einfluss auf das Regieren in Hamburg, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 35 (2004), S. 271 - 287

Brockhaus (²⁰1998): Brockhaus. Die Enzyklopädie. Bd. 17, Leipzig/Mannheim: Brockhaus

Decker, Frank (2002): Perspektiven des Rechtspopulismus in Deutschland am Beispiel der „Schill-Partei“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 52 (2002), Nr. B 21, S. 22 - 31

Ders. (2003): Rechtspopulismus in der Bundesrepublik Deutschland: Die Schill-Partei, in: Werz, Nikolaus (Hrsg.): Populisten in Übersee und Europa. Opladen: Leske und Budrich Opladen 2003, S. 223 - 242

Ders. (2003): Rechtspopulismus in Europa: Begriffserklärung und Geschichte. Unveröffentlichtes Vortragsmanuskript vom 10. Oktober 2003 in der Konrad- Adenauer- Stiftung Ankara, S. 1 - 18

Ders. (2003): Rechtspopulismus in Europa: Das Beispiel Deutschland. Unveröffentlichtes Vortragsmanuskript vom 10. Oktober 2003 in der Konrad- Adenauer- Stiftung Ankara, S. 1 - 17

Ders. (2001): Rechtspopulismus. Ein neuer Parteientyp in den westlichen Demokratien, in: Gegenwartskunde 50 (2001), S. 293 - 305

Gessenharter, Wolfgang (2003): Brüder im neurechten Geiste. Was Jörg Haider und Ronald Schill eint- aber auch trennt (Online-Publikation: <http://www.unibw-hamburg.de/WWEB/soz/gessenharter/homepage.html> [Letzter Zugriff: 05.05.2011])

Ders.: (2003): Rechtspopulismus und Neue Rechte in Deutschland. Abgrenzung und Berührungspunkte. Vortrag im Rahmen der Tagung „Ursachen und Folgen des Rechtspopulismus in Europa“, Evangelische Akademie Loccum, 9. - 11.05.2003, S. 1 - 7

Hartleb, Florian (2004): Rechts und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Ders. (2007): Populismus und Charisma. Zur elektoralen Erfolgs- und Mißerfolgsformel anhand zweier Beispiele in der bundesdeutschen Parteiendemokratie, in: Jesse, Eckhard/Niedermeier,

Hans-Peter (Hrsg.): Politischer Extremismus und Parteien. Berlin: Duncker & Humblot, S. 147 - 168

Puhle, Hans- Jürgen (2003): Zwischen Protest und Politikstil: Populismus, Neo- Populismus und Demokratie, in: Werz, Nikolaus (Hrsg.): Populisten in Übersee und Europa. Opladen: Leske und Budrich Opladen 2003, S. 15 - 43

Raschke, Joachim/Tils, Ralf (2002): CSU des Nordens. Profil und bundespolitische Perspektiven der Schill-Partei, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 47 (2002), S.49 - 58

Schmitz, Michael (2002): Die „Schill-Partei“ - Analyse der „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ nach den Landtagswahlen in Hamburg und Sachsen-Anhalt. Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 1 - 37 (Online-Publikation: http://www.kas.de/wf/doc/kas_350-1522-1-30.pdf?04041-5175730 [Letzter Zugriff: 05.05.2011])

Wertz, Nikolaus (2003) (Hrsg.): Populismus: Populisten in Übersee und Europa. Opladen: Leske und Budrich Opladen

Ders. (2003): Einleitung: Populismus und Populisten, in: Ders. (Hrsg.): Populismus: Populisten in Übersee und Europa. Opladen: Leske und Budrich, S. 7 - 14